

„Besonders widerliche Schlachten“

Interview: Dresdner Politologe Patzelt rechnet mit steigender Ausländerfeindlichkeit – Kritik an der Politik

VON JÖRG SCHURIG

Der Politologe Werner Patzelt rechnet angesichts hoher Flüchtlingszahlen mit steigender Ausländerfeindlichkeit in Deutschland. Mit Blick auf die Ereignisse in Heidenau müsse man Schlimmes befürchten, sagte er. Im Interview spricht Patzelt über Ursachen und Versäumnisse der Politik.

Warum ist die Stimmung Flüchtlingen gegenüber in Sachsen besonders schlecht?

WERNER J. PATZELT: Seit der Wiedervereinigung hat es in Sachsen einen starken rechten Rand gegeben, war auch die NPD stark. Und von Anfang an beachtete man bundesweit kritisch die rechtsradikale Szene in Sachsen. So gab es schon 1991 Aufforderungen an Künstler, Bühnen im „rechtsradikalen Dresden“ zu boykottieren. Auch der Pegida-Xenophobie-Komplex ist eine Erscheinungsform dieses rechten Randes. Und die sich

in ihm wohlführenden Gewalttäter ziehen jetzt zu Heidenau in besonders widerliche Schlachten.

Welche Ursachen gibt es für die besondere Rechtslastigkeit der Sachsen? Eine Spätfolge aus dem früheren „Tal der Ahnungslosen“?

PATZELT: Das sehe ich nicht so. Viele von denen, die auf der Straße gewalttätig werden, sind doch junge Leute, deren Prägung sich erst nach dem Ende der DDR vollzogen hat. Schon gar nichts halte ich vom rassistischen Argument, es seien „die Sachsen“ nun einmal rechtslastig. Wir müssen da schon auf kulturelle, sozialstrukturelle und politische Zusammenhänge achten. Zu den letzteren gehört sicher, dass Pegida im letzten Winter das Einwanderungsthema ins öffentliche Gespräch gebracht hat. Damals taten allerdings die meisten in Deutschland so, als ginge es dabei um ein rein eingebildetes Problem von wirren

Dummköpfen.

Welche Folgen hatte das Ihrer Meinung nach?

PATZELT: Mit Fleiß und Lust hat man damals alle in die rechtsextreme Ecke gedrängt,

Zur Person



Werner J. Patzelt (62) ist Gründungsprofessor des Dresdner Instituts für Politikwissenschaft und hat den Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden seit 1991 inne. Der gebürtige Passauer ist Mitbegründer von Musikwochen für Chor- und Instrumentalmusik, die er seit mehr als 35 Jahren durchführt.

Foto: dpa

die sich Sorgen um das Einwanderungsgeschehen machten. Kein Wunder, dass die über beides aufkommende Empörung dann mehr und mehr wirkliche Rechtsradikale anlockte. Inzwischen scheint mit der Einwanderungspolitik auch die NPD wieder ein nicht bloß eingebildetes Thema gefunden zu haben. Haben wir beim Zulassen dieser Entwicklung wirklich politisch genug gekonnt?

Trägt die Politik eine Mitschuld?

PATZELT: Ja. Einesteils waren viele Reaktionen auf Pegida als Symptom unserer Einwanderungsprobleme zwar gut gemeint, doch schlecht getan. Andernteils bemüht sich die für die rechte politische Spielfeldhälfte zuständige CDU seit Langem zu wenig darum, die Gewinnbaren vom rechten Rand an eine vernünftige Partei zu binden. Zunächst hat sie der NPD freien Raum gelassen, später der AfD. Und so kam es, dass viele den Rechts-

radikalen überlassen wurden, die zwischen der CDU und dem rechten Rand auf der Kippe standen.

Bis Jahresende kommen noch mehr Flüchtlinge nach Sachsen, als bislang bereits gekommen sind. Muss man angesichts der Ereignisse in Heidenau noch Schlimmes befürchten?

PATZELT: Ja, leider – und zwar nicht nur in Sachsen. Innerhalb der ohnehin im Vergleich zu Westdeutschland größeren Rechtsneigung in den neuen Bundesländern kommt hier außerdem hinzu: Wegen seiner Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft muss Sachsen nach dem Königsteiner Schlüssel mehr Flüchtlinge aufnehmen als manch anderes ostdeutsche Bundesland, somit auch mehr Unterkünfte bereitstellen. Das aber vervielfacht die Angriffsmöglichkeiten für kriminelle Rechtsradikale. Entwarnung wird also noch lange nicht zu geben sein.

In Kürze

• Anfeindungen und Gewalt: Angesichts der Zunahme von massiven Anfeindungen und roher Gewalt gegen Flüchtlinge hat Extremismusforscher Wolfgang Frindte ein rigideres Vorgehen von Polizei und Justiz gefordert. „Was wir momentan erleben, ist ein Angriff auf unsere Demokratie“, sagte Frindte, der an der Universität Jena lehrt. Der Experte schätzt den Anteil derer, die rechtsextrem sind oder solche Gewalt befürworten, auf 15 bis 30 Prozent der Bevölkerung.

• Protest gegen Fremdenhass: Eine Woche nach den rechtsextremen Krawallen im sächsischen Heidenau bei Dresden haben mehrere Tausend Menschen in Deutschland für Solidarität mit Flüchtlingen demonstriert. Allein in Dresden folgten am Samstag 5000 Bürger dem Aufruf eines linken Bündnisses. In vielen anderen Städten stellten sich Bürger Aufmärschen rechter Gruppen entgegen. Angesichts der Zunahme fremdenfeindlicher Gewalt warnten die Ost-Ministerpräsidenten davor, ihre Länder an den Pranger zu stellen.

• Schnelle Integration gefordert: Die Wirtschaft verlangt eine schnelle und verlässliche Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Viele Flüchtlinge verfügten über „eine wirklich gute Ausbildung“, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, dem Focus.

Kommentar

Auch anderswo

Betrachtet man nur die Entwicklungen, die zum Beispiel das Bundesinnenministerium veröffentlicht hat, dann ist die Zahl der rechtsextremistischen Übergriffe in Ostdeutschland überproportional hoch.

Die Veränderungsprozesse der letzten 25 Jahre nach dem Mauerfall sind eine Erklärung. Daraus aber den Rückschluss zu ziehen, Fremdenfeindlichkeit sei ein rein ostdeutsches Phänomen, wäre falsch – und

Glücklos im rechten Sumpf

Sachsens Innenminister Ulbig unter Druck – Demonstrationen halten den Freistaat in Atem

VON MARTIN FISCHER

DRESDEN. Sein couragiertes Eintreten gegen die Neonazi-Szene in der Sächsischen Schweiz hat Markus Ulbig (51) Respekt gebracht. Damals war der Christdemokrat aus dem Osterzgebirge Bürgermeister von Pirna. Seit 2009 sitzt er als sächsischer Innenminister am Kabinettschreibtisch von Stanislaw Tillich (CDU). Dort beweist er beim Thema Asyl und den rechten Umtrieben keine glückliche Hand.

Fast sinnbildlich sein Auftritt beim Willkommensfest für Flüchtlinge in Heidenau am Freitag: Linke Demonstranten und Flüchtlinge schreien ihn nieder, als er auftaucht. Unter „Hau ab“-Rufen und bedrohlich bedrängt, wird er von Personenschützern in Sicherheit gebracht. Und ist nach wenigen Minuten wieder weg. Die Heftigkeit der Ablehnung, den Hass kann er nicht verstehen, sagt er, bevor er verschwindet.

Was er nicht sagt: Das Fest für die Flüchtlinge eine Woche nach dem Ausbruch der rechten Gewalt rund um die Unterkunft stand bis zuletzt auf der Kippe. Das Versammlungsverbot, von dem es in letzter Minute per Eilentscheid des Oberverwaltungsgerichts noch ausgenommen wurde, wurde damit begrün-



Freitag in Heidenau: Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU, rechts) besuchte ein Willkommensfest für Flüchtlinge, während einige der Teilnehmer im Hintergrund protestieren. Foto: dpa

det, dass die Polizei aufgrund der personellen Lage nicht imstande sei, aus eigenen Kräften für Sicherheit zu sorgen – Ulbig hat die Reform „Polizei 2020“ eingeleitet. Von 2010 bis 2014 wurden die Polizeistellen in Sachsen um 680 auf 10 865 reduziert. Zwar wurde der Einstellungskorridor für Anwärter auf jährlich

400 erhöht, doch die müssen erst ausgebildet werden.

Sachsens Polizei ist am Limit: Demonstrationen von Rechten und Linken nahezu jeden Tag im Freistaat halten die Polizei ebenso in Atem wie Flüchtlingsunterkünfte, die gegen Angriffe und Proteste von Rechtsextremen gesichert werden müssen. Auch die Pe-

gida-Demos binden Kräfte.

Im Umgang mit den fremdenfeindlichen Rechtspopulisten um Lutz Bachmann machte Ulbig keine gute Figur. Lange warnte er vor einer Stigmatisierung. Er traf sich im Januar mit Teilen der Pegida-Führung – zum Ärger des Koalitionspartners SPD. Unglücklich auch der Besuch Ulbigs – der sich gern hart gibt – bei einer kurdisch-syrischen Flüchtlingsfamilie im April. Kuchen essend saß er auf dem Sofa. Wenige Wochen später wurde die Familie samt schwangerer Mutter aus dem Schlaf gerissen, um abgeschoben zu werden. Der Versuch scheiterte zwar zunächst, aber der PR-Super-Gau war perfekt.

Auch die Ankündigung, Sondereinheiten für ausländische Intensivtäter zu bilden, just in dem Moment, als Pegida Ende 2014 in Dresden richtig in Fahrt kam, wurde ihm übel genommen. Vielleicht war es schon Wahlkampf. Im Juni trat er als Oberbürgermeisterkandidat in Dresden an – nur 15,4 Prozent. Kein guter Lauf für Ulbig. (dpa)



Hagen Strauss über den Osten und den Rechtsextremismus

um das eigene Image bangt, der muss aber auch etwas dafür tun, dass der eigene Ruf nicht leidet. Der darf eben nicht nur halbherzig gegen braune Entwicklungen vorgehen oder die falschen Entscheidungen fällen – wie das Erlassen eines Versammlungsverbotes. In Sachsen, aber auch anderswo.

nachrichten@hna.de

fatal. Diese Probleme gibt es auch im Westen. Dortmund etwa gilt unter Experten schon lange als braune Hochburg in den alten Ländern.

Wer bei diesem Thema nur die ostdeutsche Brille aufsetzt, ignoriert, dass die Bekämpfung von Intoleranz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sicherlich keine regionale ist. Rassismus ist auch immer eine Erscheinung in der Mitte der Gesellschaft. Was beunruhigt, ist, dass offener Rechts-

extremismus salonfähiger geworden ist. Viele trauen sich jetzt mehr. Deswegen muss man sich stärker trauen, dagegenzuhalten.

Gleichwohl haben die Bilder aus Heidenau oder von Pegida in Dresden ihre Wirkung erzielt. Vor allem Sachsen verspürt offenkundig einen Rückgang beim Tourismus; auch die dortige Wirtschaft sorgt sich um das Bild des Freistaates. Wer

Viele Bedenken gegen Zeltstadt für Flüchtlinge

Bürgermeister: Innenministerium setzte Entscheidung durch

SCHWARZENBORN. Die Vorbereitungen zur Aufnahme von bis zu 500 Flüchtlingen im Bereich des Standortübungsplatzes Schwarzenborn haben am Freitag begonnen. Bis dahin glühten die Drähte zum hessischen Innenministerium, denn sowohl Bürgermeister Jürgen Kaufmann als auch Vertreter der Bundeswehr und der Hilfsorganisationen haben Bedenken gegen die Unterbringung an diesem Standort.

„Das ist alles andere als optimal“, sagt Kaufmann. Der Herbst stehe vor der Tür, Regen und erste Nachtfroste, die schon in vier Wochen auftreten könnten, würden für erhebliche Probleme bei der Unterbringung in Zelten sorgen. In unmittelbarer Nähe zum

Erstaufnahmelager befindet sich der militärische Sicherheitsbereich der Kaserne. 400 Meter entfernt in ehemaligen Offiziershäusern gebe es bereits eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge, in der 190 Menschen untergebracht sind. Sie lebten in sanierten Wohnungen. Kaufmann fürchtet, dass Neid und Konflikte entstehen könnten.

Nicht zuletzt liege Schwarzenborn weit entfernt von einem Mittelzentrum. Die Polizei bräuchte bei einem Einsatz 20 bis 30 Minuten, bis sie vor Ort wäre.

Diese Bedenken seien dem Innenministerium vorgetragen worden. Die Entscheidung sei dennoch für Schwarzenborn gefallen.

Ein Grund dafür sei, dass die Flächen in Schwarzenborn dem Bund gehören – und damit sofort verfügbar waren, erklärt Michael Conrad, Sprecher des Regierungspräsidiums Kassel. Für Schwarzenborn spreche aber auch die große Hilfsbereitschaft der Bundeswehr, der Stadt Schwarzenborn und des Landkreises.

Die Zelte sollten den Flüchtlingen nur so kurz wie möglich als Unterkunft dienen, betont Conrad. „Die Flüchtlinge werden nicht unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen“, sagt er. Erst einmal sei es aber besser, Zelte anbieten zu können als gar nichts. (hro/jul) **ZUMTAGE,**

HINTERGRUND, SEITE 2 + 3

HINTERGRUND

Lager ist Ausdruck von großer Not

Das Zeltlager für Flüchtlinge, das in Schwarzenborn aus dem Boden gestampft wurde, ist für Silvia Scheffer, Beauftragte für Flüchtlingsfragen beim Diakonischen Werk, ein Ausdruck von hoher politischer Not und großem Druck.

Die Ministerien stünden nach Ereignissen wie den Ausschreitungen in Heidenau und dem grausigen Leichenfund in einem Lkw in Österreich massiv unter Druck. „Es sind immer mehr Bausteine, die das Land in die Pflicht nehmen zu handeln.“ Scheffer appelliert an Politiker und Behörden, Einrichtungen wie Erstaufnahmelager sorgfältig zu planen: „Das Leben dort wird für niemanden einfach werden: Weder für die Organisatoren noch für die Bewohner.“ (bra)

ZUM TAGE

Zeichen der Hilflosigkeit

HEINZ ROHDE über die
Flüchtlingsunterbringung

Menschen in kippeligen Schlauchbooten auf hoher See, dutzende Tote, die Schlepperbanden in einem Lkw haben zugrunde gehen lassen – muss das nicht bei uns allen einen Aufschrei auslösen? Ja, muss es!

Niemand begibt sich ohne triftigen Grund in solche Gefahren, und nun stranden Flüchtlinge in großer Zahl auch bei uns. Wir müssen sie aufnehmen. Das gebietet die Menschlichkeit. Das sehen auch die meisten Schwarzenborner so. Allerdings macht es ihnen die Politik auch nicht eben leicht. Sie werden von einem Tag auf den anderen überrollt von dieser Entwicklung – einschließlich der politisch Verantwortlichen vor Ort.

Obwohl seit Monaten erkennbar ist, dass die Flüchtlingsströme anwachsen, gibt es keine Konzepte, werden die Weichen nicht rechtzeitig gestellt. Wer so kurz vor Einbruch der kalten Jahreszeit ein Zeltlager in Schwarzenborn einrichtet, kennt entweder den Knüll nicht oder er ist tatsächlich völlig hilflos.

Schon im Sinne der Menschen, die dort leben sollen, muss es dringend eine andere Lösung geben

hro@hna.de

Sachspenden sind nicht erwünscht

Zugang zur Zeltstadt ist streng reglementiert

SCHWARZENBORN. Aus der Unterbringung von 500 Flüchtlingen in Schwarzenborn ergeben sich viele Fragen. Hier einige Antworten:

Wie werden die Menschen in der Zeltstadt versorgt?

Die Vorbereitungen zur Versorgung der Flüchtlinge laufen auf Hochtouren. Riesige Mengen an Zahnbürsten, Zahnpasta, Toilettenpapier etc. werden von Großhändlern geliefert, sagte Schwarzenborns Bürgermeister Jürgen Kaufmann. Die Getränke liefern örtliche Bäckereien und Getränkehändler.

Wo befindet sich die Erstaufnahmeeinrichtung?

Die Zeltstadt entsteht etwa drei Kilometer entfernt von Schwarzenborn auf einer Wiese in unmittelbarer Nähe der Knüll-Kaserne.

Wer ist für das Lager zuständig?

Im Auftrag des Landes kümmert sich das Regierungspräsidium in Kassel um die Abwicklung. Vor Ort geht es aber nicht ohne die tatkräftige Unterstützung der Stadt und des Landkreises um den Hilfsorganisationen. Auch andere Kommunen arbeiten der Stadt Schwarzenborn zu.

Wie wird die Sicherheit der Menschen gewährleistet?

Laut Michael Conrad, Sprecher des Regierungspräsidiums Kassel, werden private Sicherheitsdienste dafür sorgen.

Wie viele Helfer bereiten die Unterbringung der Menschen vor?

Im Einsatz sind laut Kreisbrandinspektor Torsten Hertel rund 150 Einsatzkräfte, die die Vorbereitungen treffen und am Aufbau der Zelte mitwirken. Im Einsatz sind Helfer vom THW und DRK sowie fünf Löschzüge des Katastrophenschutzes.

Aus welchen Ländern stammen die Flüchtlinge?

Das könne man zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht sagen, erklärte RP-Sprecher Conrad am Freitag. Woher die Flüchtlinge stammen, werde man erst erfahren, wenn sie in Schwarzenborn eintreffen.

Kann den Menschen geholfen werden, beispielsweise durch Spenden oder Beratungsangebote?

Sachspenden seien derzeit nicht erwünscht, sagt RP-

Sprecher Conrad. Denn die Verteilung sei schwer zu organisieren – wenn jemand beispielsweise zwei Fahrräder für die Flüchtlinge spende, führe das angesichts von bis zu 500 Menschen in der Zeltstadt eher zu Konflikten. Auch gebe es Zugangsbeschränkungen für die Zeltstadt, deshalb könnten Ehrenamtliche nicht ohne weiteres dort mit anpacken.

Wann ist die Stadt informiert worden?

Vorgespräche mit Landrat Winfried Becker und Bürgermeister Jürgen Kaufmann gab es zu Beginn der Woche. Da war aber laut Kaufmann noch nicht klar, dass die Flüchtlinge schon Ende der Woche aufgenommen werden müssen.

Werden die Asylsuchenden medizinisch untersucht?

Nach Auskunft des Innenministeriums würden die Flüchtlinge bei der Erstaufnahme in Gießen medizinisch untersucht, erklärt Bürgermeister Kaufmann. In den Außenstellen gehe es dann um die behördliche Abwicklung.

Wie lange sollen die Menschen in der Zeltstadt bleiben?

Bürgermeister Jürgen Kaufmann geht davon aus, dass eine Zeltstadt nur etwa vier bis sechs Wochen betrieben werden kann. Dann sei das wegen der Witterung nicht mehr möglich.

Wie viele Flüchtlinge leben bereits im Landkreis und wie viele müssen noch aufgenommen werden?

Zurzeit leben im Schwalm-Eder-Kreis 1360 Asylsuchende sowie 110 unbegleitete Minderjährige. Prognosen gehen davon aus, dass es bis Ende des Jahre 2300 Menschen sein könnten.

Wer finanziert die Flüchtlingsunterbringung?

Das Land Hessen ist für die Finanzierung der Erstaufnahmeeinrichtungen zuständig. Schwarzenborn wird eine Außenstelle des Erstaufnahmelagers Gießen.

Wird es eine Informationsveranstaltung für die Schwarzenborner geben?

Eine solche Veranstaltung ist noch nicht geplant. Man werde kurzfristig entscheiden, ob eine Bürgerversammlung sinnvoll ist, sagte Bürgermeister Kaufmann. (hro/dag/jul)

Von Angst bis Zuversicht

Viele Schwarzenborner schauen der Zeltstadt mit gemischten Gefühlen entgegen

VON CAROLIN HARTUNG

SCHWARZENBORN. Nur wenige Stunden nachdem bekannt wurde, dass in Schwarzenborn eine Zeltstadt für Flüchtlinge errichtet wird, ist die provisorische Unterkunft Gesprächsthema Nummer eins im 1200-Einwohner-Städtchen. „Jeder Kunde spricht heute Morgen davon“, erzählt Susanne Schneider, die in der Fleischerei beim Nahkauf – dem einzigen Supermarkt in Schwarzenborn – arbeitet. Die Meinungen dazu seien gemischt. Viele hätten Angst vor mehr Kriminalität im Ort. „Stell dir vor, die kommen hier morgens mit 100 Mann rein, dann brauchen wir jemanden für die Sicherheit so wie in Calden“, sagt Schneider zu ihrer Kollegin.

Die Nachricht von der Flüchtlingsunterkunft komme überraschend, sagt Regina Ohl vom Nahkauf. Der Supermarkt sei klein. „Das kann problematisch werden“, ergänzt ihre Kollegin Ingeborg Pfeffer. Eine ältere Dame, die bei Schneider etwas Aufschnitt kauft, schüttelt den Kopf. „Wie soll so eine kleine Stadt das aushalten? Wir sind



Im Supermarkt ist die Zeltstadt Gesprächsthema Nummer eins: Unser Foto zeigt die Verkäuferinnen Ingeborg Pfeffer (von links), Susanne Schneider und Kunde Helmut Izenhäuser.

doch nur so wenige Einwohner.“ Georg Zinn, der ebenfalls für einen Einkauf im Supermarkt vorbeischaute, wunderte sich: „Warum macht man nicht gleich eine vernünftige Unterkunft? In sechs bis acht Wochen ist es kalt, dann müssen die Leute raus aus den Zelten. Das ist doch verschwendetes Geld.“

Nebenam beim Bäcker sitzt Frieda Saliski mit einigen Freundinnen. Auch hier ist die Zeltstadt Thema. „Was ist, wenn der Winter kommt und keine

festen Unterkünfte gefunden wurden“, fragt sich die Schwarzenbornerin.

Während der Gedanke an die Zeltstadt bei einigen Bewohnern Sorgen und Angst auslöst, gibt es aber auch viele Anwohner, die zuversichtlich sind. „Ich kann es einfach nicht verstehen, wenn sich Leute darüber aufregen“, sagt Margarete Seipel. „Es ist doch gut, wenn wir den Menschen hier helfen können. Wir haben doch das große Gelände hier.“ Diese Meinung teilt

auch Melanie Huss-Becker, die im Ort ein Taxiunternehmen betreibt. „Wir fahren regelmäßig Asylanten zum Arzt oder zum Einkaufen. Die sind alle nett. Wenn

alle so sind, dann ist doch alles gut.“ Dass die Flüchtlingsunterkunft in der Stadt für Probleme sorgen könnte, glaubt auch Achim Brandau nicht. „Wenn alles gut organisiert ist, dann wird Schwarzenborn das ohne große Schwierigkeiten stemmen.“ Als kurzfristige Lösung sei der Platz geradezu optimal.



Margarete Seipel



Achim Brandau



Zuversichtlich: Melanie Huss-Becker mit ihrer Tochter Cinia Becker (4).

Platz schaffen für 500 Flüchtlinge

Der Aufbau der Zeltstadt läuft auf Hochtouren – 150 Helfer arbeiten rund um die Uhr

VON DANIEL GÖBEL

Die Nerven der Helfer vor Ort sind sichtlich angespannt. Im Eildurchlauf errichten sie innerhalb von 24 Stunden eine Zeltstadt für 500 Flüchtlinge. Bäume auf der Wiese werden umgelegt und weggeschafft, Stromleitungen verlegt. Sanitäranlagen angeschlossen und Zelte aufgebaut. Zwischendurch klingeln immer wieder Handys, Planänderungen müssen besprochen, Entscheidungen des Regierungspräsidiums (RP) Kassel umgesetzt werden. Schon heute Vormittag sollen die ersten Flüchtlinge in Bussen an der Knüll-Kaserne ankommen. Bis dahin muss alles aufgebaut und vorbereitet sein.

Damit dies gelingt, arbeiten Kreisbrandinspektor Torsten Hertel und sein Team unter Hochdruck rund um die Uhr. Rund 150 Helfer von THW, Rotem Kreuz und Katastrophenschutz sind im Einsatz. Bereits Freitagmorgen liefern Helfer des THW große Mengen Holzackschnitzel, Paletten und Spanplatten an, die den Zelten als Untergrund dienen.

Unübersichtliche Lage

Wie viele Flüchtlinge letztendlich heute ankommen werden, ist nicht bekannt. Diese Unsicherheit macht die Arbeit für die Helfer vor Ort nicht einfacher. „Die letzte Entscheidung ist eben vor einer halben Stunde getroffen worden, in zwei Stunden kann



Unter Hochdruck: Bereits gestern morgen lieferten Helfer des THW Paletten für die Zelte an.

allerdings alles wieder ganz anders aussehen“, sagte Schwarzenborns Bürgermeister Jürgen Kaufmann, der sich vor Ort ein Bild vom Aufbau

machte. Zwischenzeitlich greift er wieder zum Handy: Beim Großlieferanten müssen für 500 Flüchtlinge Hygieneartikel wie Zahnbürsten, Zahn-

pasta, Shampoo und Toilettenpapier geordert werden. Auch für die Verpflegung muss gesorgt sein: Beim örtlichen Bäcker werden Brötchen bestellt, damit sich die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in Schwarzenborn stärken können.

Insgesamt 63 Zelte mit unterschiedlichen Größen von 33 bis 45 Quadratmetern sollen am Ende auf der 1000 Quadratmeter großen Wiese im Bereich des Truppenübungsplatzes stehen. 50 mobile Toiletten werden aufgestellt und Duschmöglichkeiten geschaffen, die von etwa 100 Menschen pro Stunde genutzt werden können.

Das Regierungspräsidium ist zuversichtlich, dass die Vorbereitungen und der Aufbau der Zeltstadt trotz des immensen Zeitdrucks ohne größere Probleme von staten gehen. Dies sei besonders den fleißigen Ehrenamtlichen vor Ort zuzurechnen, die mit größtem Engagement bei der Sache seien, sagte RP-Sprecher Michael Conrad.



Wiese wird freigeräumt: Damit die Zelte aufgebaut werden können, mussten im Vorfeld Bäume gefällt werden.

Video und Fotos zu diesem Thema gibt es auf <http://zu.hna.de/zeltcamp>



Zeltstadt für Flüchtlinge in Schwarzenborn

„Der höchste Ausländeranteil bundesweit“

Der kleinen Verwaltung von Schwarzenborn wird durch die Unterbringung der Flüchtlinge viel abverlangt. Neben dem Bürgermeister gibt es noch einen Vollzeitmitarbeiter und zwei Teilzeitmitarbeiterinnen sowie zwei Arbeiter beim Bauhof.

Kaufmann: „Wir sind demnächst die Stadt mit dem höchsten Ausländeranteil in der Bundesrepublik.“ Die kleinste Stadt Hessens hat etwa 1200 Einwohner.

In den Gesprächen, die der Bürgermeister bisher mit Menschen in der Stadt geführt hat, sei deutlich geworden, dass man den Flüchtlingen helfen wolle, dass man aber auch überrascht und irritiert sei über die Vorgehensweise.

„Der Frust richtet sich nicht gegen die Flüchtlinge, sondern gegen die Politik“, sagt Kaufmann. Es sei der Ärger darüber, dass es noch immer keine klaren, nachvollziehbaren Regeln gebe.

Auch der Schwarzenborner Bürgermeister sagt: „Wir wünschen uns eine vorausschauende Planung.“ In jedem Fall fordert er aber Unterstützung vom Land Hessen. Unter anderem erwarte man, dass die Asylsuchenden melderechtlich der Stadt Schwarzenborn zugeordnet werden, was sich wiederum positiv auf die Schlüsselzuweisungen auswirken würde. Schließlich müsse die Stadt ja beispielsweise auch den Brandschutz sicherstellen. (hro)

„Müssen Zuflucht bieten“

Flüchtlingsbeauftragte Silvia Scheffer über die Lage der Zeltstadt in Schwarzenborn

VON CLAUDIA BRANDAU

HOMBERG. Silvia Scheffer vom Diakonischen Werk Schwalm-Eder ist nicht überrascht davon, dass binnen weniger Tage eine Zeltstadt für Flüchtlinge in Schwarzenborn entsteht: „Die Ministerien stehen unter Hochdruck, sie müssen mit ganz heißer Nadel immer neue Lösungen stricken: Die Menschen kommen in immer größerer Zahl – und sie brauchen alle ein Dach über dem Kopf.“



Silvia Scheffer

„Die Menschen, die nach der Flucht bei uns landen, sind an Leib und Seele erschöpft – sie brauchen mehr als eine Schmerztablette.“

SILVIA SCHEFFER

Dass dieses Dach kein besonders schönes ist und kein dauerhaftes sein darf, ist der Beauftragten für Flüchtlingsfragen beim Diakonischen Werk Schwalm-Eder bewusst. Erstaufnahmelager, sagt sie, seien Durchlauferhitzer, auf Kurzfristigkeit angelegt: „Spätestens im Winter brauchen die Menschen beheizbare Quartiere, in denen nicht die Ratten durch die Ritzen krie-



Wenig Privatsphäre, aber viel Sicherheit: Das Bild zeigt aus Afrika stammende Flüchtlinge, die in der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen angekommen sind. Foto: dpa

chen.“ Dennoch bleibe angesichts des nicht versiegenden Flüchtlingsstroms gar nichts anderes übrig, als diese Zeltstädte zu errichten: „Deutschland hat die Fähigkeit zu helfen – und hat damit eine humanitäre Verpflichtung. Wir können nicht nichts tun.“

Quälende Erinnerungen

Doch das, was getan werden kann, ist oft zu wenig. Es gehe nicht nur darum, dass die ausgelaugten Menschen, die nach oft wochenlangem Aufenthalt hier ankommen, nur satt und sauber sind: „Die meisten sind an Leib und Seele erschöpft – sie

brauchen wesentlich mehr als nur eine Schmerztablette.“

Silvia Scheffer bezweifelt, dass die Lage des Erstaufnahmelagers in Schwarzenborn eine gute ist: Wenn dort nicht eine Buslinie eingerichtet werde, die mehrfach am Tag verkehre, säßen die Bewohner der Zeltstadt fest.

Zudem fehle es an Freizeit- und Sportangeboten. Es gehe dabei nicht etwa um Unterhaltungs-, sondern vielmehr um Ablenkungsmöglichkeiten. Die meisten Flüchtlinge, sagt Scheffer, würden nicht nur von den eigenen Erlebnissen und Erinnerungen gequält,

sondern zusätzlich auch noch von der Frage, was aus ihren Angehörigen in den Heimatländern geworden ist.

An die Ministerien und Politiker hat Scheffer einen klaren Wunsch: Dass sie Verantwortung übernehmen, Informationen weitergeben, Transparenz schaffen. Denn bislang wisse niemand wirklich genau, wohin die Reise in der Flüchtlingsfrage gehe.

Es sei klar, dass der Strom derer, die Zuflucht in Deutschland suchen, vor dem Winter noch stark anschwellen werde. Noch völlig unklar dagegen sei, wie man ihn bewältigen könne.